

Aus dem Plenum

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzungen vom 26. bis 28. Mai 2010 stand unter anderem die Debatte zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes. Sowohl die DIE LINKE als auch die Fraktionen der CDU und SPD brachten dazu einen Gesetzesentwurf ein. Beide Gesetzesentwürfe wurden an den Innen-, Sozial-, Haushalts- und den Justizausschuss überwiesen. Federführend ist jeweils der Innenausschuss. Inhalt des Glücksspielgesetzes ist die finanzielle Absicherung des Landesportbundes durch die staatlichen Einnahmen aus den Lotterie- und Glücksspielen. In einer ersten Beratung wurde der Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Hochschulzulassungsgesetzes erörtert. Ferner wurden erstmalig auch das Gesetz zur Änderung des Thüringer Ministergesetzes auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Änderung der

Ausführung des Pflegeversicherungsgesetzes beraten. Lebhaftige Diskussionen gab es in der Aktuellen Stunde. Mit dem Titel „Thüringer Schule auf gutem Weg? Schluss mit den Differenzen in der Koalition“ griff der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Debatte um das Thüringer Gemeinschaftsschulmodell auf. Die Vertreter der Fraktionen stellten ihre Standpunkte zur aktuellen Bildungspolitik dar. Kultusminister Matschie verwies auf den Koalitionsvertrag und dass das Modell der Gemeinschaftsschule bereits beschlossene Sache sei. Das Thema der Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion war die Zusicherung von Staatshilfen für Opel. Das Plenum diskutierte hier über das Vorpreschen der Thüringer Landesregierung. Des Weiteren beriet der Landtag in seiner dreitägigen Sitzung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE, ob Schulmilch und Schulobst an alle Kinder im Grundschulal-

Neuer Präsident des Thüringer Verfassungsgerichtshofs gewählt



Landtagspräsidentin Birgit Diezel beglückwünscht den

frisch vereidigten Präsidenten des Thüringer Verfassungsgerichtshofs Joachim Lindner. Er wurde am 25. Mai 2010 mit großer Mehrheit von den Abgeordneten des Thüringer Landtags gewählt. 83 von 85 Parlamentariern stimmten für ihn. Zuvor musste der Wahlgang abgebrochen werden, da zunächst 88 Stimmen abgegeben wurden, aber nur 86 Parlamentarier anwesend waren.

ter entgeltfrei verteilt werden sollte. Das Plenum entschied sich gegen diesen Antrag. Darüber hinaus waren folgende Themen Bestandteil der Plenumsdiskussion: Maßnahmen zur Gleichbehandlung von angestellten und verbeamteten Lehrkräften, Beibehaltung der Einspeisevergütungen für Solarstrom, Fort-

setzung der Arbeit des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“, Begleitetes Fahren mit 17 Jahren und der Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission. Eine vollständige Übersicht aller Themen der Tagesordnung ist in der Parlamentsdiskussion unter www.thueringer-landtag.de zu finden.

90 Jahre Thüringen - Landesjubiläum mit Festakt begangen Ausstellung erinnert an die Anfänge parlamentarischer Kultur in Thüringen

Zum 90. Gründungstag des Landes Thüringen hat Landtagspräsidentin Birgit Diezel an die Geburtsstunde der parlamentarischen Demokratie im Freistaat erinnert. Beim Jubiläumsfestakt am 1. Mai im Weimarer Fürstenhaus, dem Ort, an dem 1920 das erste gesamtthüringische Parlament zusammenkam, sagte sie: „Das Reichsgesetz betreffend das Land Thüringen hat mehrere Kleinstaaten vereint und so die staatsrechtliche Einigung Thüringens verankert. In der Verfassung von 1921 offenbarte sich der Stolz der Thüringer, einen funktionierenden demokratischen Staat aufge-



Gruppenbild der Landtagspräsidenten: Dr. Frank-Michael Pietzsch (1994 - 1999), Christine Lieberknecht (1999 - 2004), Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski (2004 - 2009), Dr. Gottfried Müller (1990 - 1994), alle CDU

baut zu haben. Auch wenn die weitere Entwicklung unseres Landes von tiefen Einschnitten

geprägt war, die seine staats- und verfassungsrechtliche Tradition mehrfach gebrochen ha-

ben, dürfen wir heute mit berechtigtem Stolz feststellen: Den antidemokratischen Kräften ist es nur zeitlich begrenzt aber nie in Gänze gelungen, den Willen der Thüringer zur Selbstverwaltung zu unterdrücken.“ Der erste frei gewählte Thüringer Landtag bestand aus fünf Parteien mit insgesamt 53 Abgeordneten, darunter zwei Frauen. Unter dem Titel „Wege zur Demokratie – 90 Jahre Land Thüringen“ zeigt eine Ausstellung im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar noch bis zum 31. Dezember 2010 zeitgenössische Bilder und Urkunden, Sitzungsprotokolle sowie die originalen Landeswappen.

Kurz gemeldet

Birgit Diezel rief anlässlich des 65. Jahrestages des Kriegsendes von 1945 zur Erinnerung an die Opfer auf. Weder in Deutschland noch über deutsche Grenzen hinweg, mahnte die Landtagspräsidentin, soll ein diktatorisches System je wieder in der Lage sein Menschenrechte mit Füßen zu treten. +++ Am 27. Mai besuchte der Landtagspräsident Baden-Württembergs Peter Straub den Thüringer Landtag. Mit Landtagspräsidentin Diezel tauschte er sich über aktuelle politische Themen aus. +++ Anlässlich der Plenarsitzung am 27. Mai präsentierte sich die Saalfelder Feengrotten und das Schaubergwerk Schmiedefeld im Thüringer Landtag. Am Rande der Sitzung besuchte Birgit Diezel die zwei Ausstellungen. +++ Seit dem 17. Mai ist eine Plakatausstellung anlässlich des 65. Gründungstages der Volkssolidarität im Landtag zu sehen. +++ Über die Notwendigkeit des kulturellen Dialogs diskutierten die Teilnehmer des Europäischen Kulturdialoges Gera am 20. Mai. Die Landtagspräsidentin sprach sich für ein Miteinander der Kulturen aus.

Petitionsausschuss

Arbeitsbericht 2009 an Landtagspräsidentin übergeben

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses Fritz Schröter stellte am 11. Mai den Arbeitsbericht für das Jahr 2009 der Öffentlichkeit vor.

Der Bericht schildert auf anschauliche Weise die zahlreichen Bürgeranliegen, die der Ausschuss im vergangenen Jahr bearbeitete. Insgesamt wurden 1.563 Petitionen einge-

reicht, 891 Petitionen wurden im Ausschuss beraten. Mehr als drei Viertel der Entscheidungen fällte der Ausschuss im Sinne der Bürger.

Die meisten Petitionen betrafen den Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit, gefolgt von der Rechtspflege sowie den kommunalen Angelegenheiten.

Nächste Termine des Petitionsausschusses:

Dienstag, 24.08.2010
Dienstag, 21.09.2010
Dienstag, 26.10.2010
Dienstag, 23.11.2010
Dienstag, 14.12.2010

Stadtverwaltung Weimar
Ilm-Kreis Arnstadt
Thüringer Landtag
Saale-Orla-Kreis Schleiz
Landkreis Gotha

Justizausschuss

Anhörung zum Medienstandort Thüringen

Am 21. Mai informierte sich der Justizausschuss in einer mündlichen Anhörung der Landesmedienanstalt Thüringen über die Weiterentwicklung des Medienstandortes Thüringen. In der Darstellung des Direktors der Landesmedienanstalt wurde der dezentrale Ansatz zur Förderung von Bürgermedien und Medienkompetenz deutlich.

Nach Angaben der Landesmedienanstalt werden insgesamt 80% der Menschen in den Sendegebietern durch die lokalen Sender erreicht. Die Bürger werden über lokale Politik und andere regionalrelevante Themen informiert. Die Mitglieder des Ausschusses gewannen

durch die Anhörung tiefgründige Informationen über die aktuellen Aufgaben der Landesmedienanstalt.

Weiterhin wurde in der Ausschusssitzung über die Belegungs- und Unterbringungssituation in den Thüringer Justizvollzugsanstalten diskutiert. Um die Bedingungen im Strafvollzug zu verbessern und um Kosten einzusparen, ist ein Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Ostthüringen geplant.

In Abstimmung mit dem Nachbarland Sachsen arbeitet die Landesregierung an den Plänen. Über den Standort wurde noch nicht entschieden.

Sozialausschuss

Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes zugestimmt

Der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit stimmte mehrheitlich einem von der Landesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf zur Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes zu. Erforderlich wurde eine Gesetzesänderung, da die Richter des Bundes- und Landesverfassungsgerichts sich gegen ein generelles Rauchverbot ausgesprochen hatten. Der neu ausgearbeitete Gesetzesentwurf verneint ein zulässiges generelles Rauchverbot und spricht

sich für ein Rauchverbot mit Ausnahmemöglichkeiten aus. Ein Rauchverbot soll zum Beispiel nicht in Bier-, Wein-, und Festzelten gelten. Der neue Gesetzesentwurf wird voraussichtlich noch vor der Sommerpause im Plenum beraten. Des Weiteren wurde in der Ausschusssitzung über eine Änderung des Ladenöffnungszeitengesetzes beraten. Die Mehrheit stimmte gegen einen Gesetzesentwurf der FDP, der bis zu zwei Sonderöffnungen an Adventssonntagen vorsah.

Von Rettern und Menschen

Ausstellung gibt Einblicke in die Arbeit der Rettungsdienste

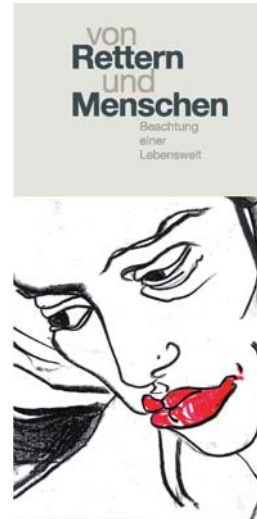
Ein brennendes Fahrzeug, Rettungsdecken und Mullbinden. Verletzte, chirurgische Instrumente und Infusionen: Die Ausstellung „Von Rettern und Menschen - Beachtung einer Lebenswelt“ bringt Rettungswagenflair in den Thüringer Landtag. Auf außergewöhnliche Weise präsentiert Künstlerin Noreen S. Rotha den Alltag der Rettungsdienste, eine Welt, die so gewöhnlich ist, dass sie im normalen Bewusstsein oft verdrängt wird. Drei Jahre lang arbeitete sie mit einem Rettungsteam zusammen, bat die Mitarbeiter, Spuren ihrer Arbeit selbst zu dokumentieren: Menschen, Emotionen und nicht Ausgesprochenes. Entstanden ist ein Potpourri aus authentischen Fotografien, Zeichnungen, Berichten, kleinen Erzählungen und Versen. Sie alle erzählen Geschichten aus dem Leben der Retter. Noreen S. Rotha, die aus Gera stammt und heute in Hamburg lebt, macht es mit künstlerischen Mitteln sichtbar. Landtagsvizepräsidentin Dr. Birgit Klaubert hat die Ausstellung am 12. Mai gemeinsam mit der Künstlerin eröff-

net. „Die Mitarbeiter der Rettungsdienste sind Helden unserer Bürgergesellschaft, aber auch Menschen mit Stärken und Schwächen, mit Gefühlen und Ängsten“, würdigte Klaubert jene Menschen, die unter Einsatz ihrer eigenen Gesundheit oft bis zur körperlichen und seelischen Leistungsgrenze gehen.

Noreen S. Rotha und die mitausstellenden Künstler Sven Brauer und Voula Doulergia lassen diese Menschen hinter ihrer Tätigkeit hervortreten, verbildlichen die kalt gewordene Mahlzeit, die noch am Steuer verzehrte Knackwurst, den Blutfleck auf der Jacke. „Was bringt die Retter dazu, ihr eigenes Leben für Andere einzusetzen? Welche Strategien haben sie

für den Umgang mit Schmerz, mit dem eigenen und dem der Betroffenen?

Auf diese Fragen versucht die Ausstellung eine Antwort zu geben“, kommentierte Dr. Birgit Klaubert. Unkonventionell und fantasievoll ermöglicht die Ausstellung vor dem Besucherzentrum des Landtags eine Auseinandersetzung mit dieser facettenreichen Lebenswelt.



Thüringer Stiftung Hand in Hand

Hilfe für Kinder, Schwangere und Familien in Not

Die Vorsitzende des Sozialausschusses Beate Meißner fordert die Menschen im Freistaat auf die Thüringer Stiftung „Hand in Hand“ zu unterstützen. Die Stiftung hilft Schwangeren und jungen Müttern in Notsituationen. „Jeder, der eine SMS mit dem Stichwort Hand an die Nummer 81190 sendet, unterstützt Kinder, Schwangere und Familien in Not einmalig mit drei Euro“, so Meißner. Die Stiftung „Hand in Hand“ hat bereits prominente Unterstützung. Landtagspräsidentin Birgit Diezel zum Beispiel hat schon gesimmt – wie viele andere Abgeordnete des Landtags auch. „Kinder, Schwangere und Familien in Not dürfen nicht allein

gelassen werden. Die Bereitschaft, Menschen in schwierigen Lebenslagen zu helfen, ist von wesentlicher Bedeutung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Deshalb begrüße ich die Aktion der Thüringer Stiftung „Hand in Hand“ ausdrücklich und hoffe, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen!“, kommentierte Landtagspräsidentin Birgit Diezel.



Nähere Informationen:
www.thueringer-stiftung-handinhand.de

Schulgesetz lässt schon jetzt Raum für viele Wege Regelschule soll zur Oberschule weiterentwickelt werden

Die Regelschule soll auch weiterhin das Zentrum des gegliederten Thüringer Schulsystems sein. Sie soll nach den Konzepten der CDU-Landtagsfraktion weiterentwickelt und zur Thüringer Oberschule ausgeweitet werden, über die künftig alle Schulabschlüsse möglich sind. Laut des CDU-Bildungspolitikers Volker Emde (im Bild links) ist dabei entscheidend, dass dieser Weg den Schülern mehr Zeit auf dem Weg zum Abitur lässt. „Mit der erweiterten Schulausgangsphase kann die Zahl der Abbrecher deutlich gesenkt werden, weil für die Schwächeren ein Jahr mehr Zeit bleibt und auf ihre Bedürfnisse besser eingegangen werden kann. Wir stehen mit diesem Modell im politischen Wettbewerb. Sein Vorteil ist, dass es zügig aus den bestehenden

Strukturen heraus entwickelt werden kann“, sagte Emde. Der Bildungspolitiker machte darauf aufmerksam, „dass selbstverständlich der Koalitionsvertrag, in dem die Thüringer Gemeinschaftsschule steht, gilt“. Dies sei aber nicht

aber auch ein gemeinsames Modell entwickelt werden. Die CDU ist an einem Streit um Etiketten nicht interessiert“, sagte Emde und plädierte für einen offenen Diskussionsprozess. Nach seiner festen Überzeugung „hat die CDU-Fraktion mit ihrem schulpolitischen Konzept einen Weg beschrieben, wie die gemeinsamen Ziele der Koalition einfacher, schneller und schlüssiger umgesetzt werden können. Die zur Oberschule weiterentwickelte Regelschule wird als Ort längeren gemeinsamen Lernens aufgewertet. Die Zahl der Schüler, die keinen Abschluss erwerben, kann durch diese und weitere Maßnahmen von heute rund fünf Prozent weiter deutlich gesenkt werden“, so der Politiker.



das Ende der schulpolitischen Debatte. „Ein novelliertes Thüringer Schulgesetz kann genauso Platz für weiterentwickelte Regelschulen wie Gemeinschaftsschulen haben, es kann

Runder Tisch soll Arbeit fortsetzen

Die CDU-Fraktion hat zusammen mit den anderen Fraktionen des Thüringer Landtags mit einem Entschließungsantrag ein weiteres deutliches Signal für einen besseren Gewässerschutz an Werra und Weser gesetzt, nachdem K+S eine ursprünglich geplante Eindampfanlage in Unterbreizbach nun doch nicht bauen will. „Ein solches Zeichen aus dem Landtag heraus – über Fraktionsgrenzen hinweg – ist in den betroffenen Regionen, aber auch über Thüringen hinaus von großer Bedeutung“, sagte Egon Pri-

mas, Sprecher für Naturschutz der CDU-Fraktion. Mit dem Antrag bekräftigt der Landtag seine Haltung, die Werra bis 2020 zu einem naturnahen Gewässer zu machen. Er stützt sich dabei auf Empfehlungen, die der Runde Tisch am 9. Februar 2010 abgegeben hat, wie etwa den Bau der Nordseepipeline und das Ende der Einleitungen von Salzabwässern in die Werra. Die CDU sprach sich für eine Fortsetzung der Arbeit des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ aus.

Über die CDU-Fraktion stets aktuell informiert

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag informiert Sie stets aktuell über die wichtigsten politischen Themenfelder im Internet. Die neuesten Schlagzeilen erhalten Sie über das Kurznachrichtenportal twitter.com/cdu_fraktion_th. Die CDU-Fraktion ist auch auf der Kommunikationsplattform [facebook.com](https://www.facebook.com/cdu_fraktion_th) (cdu_fraktion_th) vertreten. Aktuelle Bilder und Impressionen gibt's auf [flickr.com/photos/cdu_fraktion_th](https://www.flickr.com/photos/cdu_fraktion_th), neue

Videos auf [youtube.com/user/LandtagCDUthueringen](https://www.youtube.com/user/LandtagCDUthueringen). Seit neuestem können Sie die Internetseite der CDU-Fraktion auch mit einer Mobil-Version auf Ihrem Handy abrufen. Alle Verlinkungen und Informationen finden Sie auf unserer Homepage

www.cdu-landtag.de



Altenburg-Ausstellung bis Juli zu sehen

Auf dem Flur der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag (1. Obergeschoss, Abgeordnetengebäude) wird derzeit die Ostthüringer Skat-Stadt Altenburg in all ihren Facetten vorgestellt. Das nunmehr 555-jährige Jubiläum des Altenburger Prinzenraubes, Kunstwerke und Sehenswürdigkeiten stehen ebenso im Mittelpunkt der Vitrinenausstellung wie die Tradition des weltberühmten Skat-Kartenspiels. Die Ausstellung unter dem Motto „Altenburg – Immer eine Reise wert“ geht auf Initiative des CDU-Landtagsabgeordneten Christian Gumprecht zurück und ist bis Ende Juli zu sehen.

CDU-Fraktion stellte Eckpunkte für Thüringer Mittelstandsförder- und Vergabegesetz vor

Die CDU-Fraktion hat ihre Eckpunkte für ein Thüringer Mittelstandsförder- und Vergabegesetz vorgestellt. Die Vorschläge zielen unter anderem auf einen auch für kleine und mittlere Unternehmen fairen Wettbewerb um öffentliche Aufträge und transparente Vergabeverfahren. „Mittelstandsfreundlichkeit ist die entscheidende Messlatte für das Vergaberecht, das mit der Mittelstandsförderung in einem Gesetz geregelt werden kann“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Gerhard Günther (im Bild).

Der überwiegende Teil der Vorschläge zielt darauf ab, die Chancen der mittelständischen Wirtschaft im Vergabeverfahren zu verbessern. So soll unter anderem der Rechtsschutz gegen Vergabeentscheidungen bei geringen Auftragswerten erweitert und eine breite Streuung von Aufträgen, die für den Mittelstand interessant sind, garantiert werden. Als zentrales Instrument ist eine einheitliche Vergabe- und Bekanntmachungplattform im Internet vorgesehen, auf der alle Ausschreibungen der öffentlichen Hand, aber auch die

Vergabeentscheidungen veröffentlicht werden. „Auch die vergebenden Behörden müssen wissen, dass ihre Entscheidungen leicht nachvollzogen werden können. Das dürfte die



Qualität der Vergabeverfahren fördern“, hofft Günther. Der CDU-Wirtschaftspolitiker stellte klar, dass sich die CDU-Fraktion für eine leistungsgerechte Bezahlung, eine hohe Tarifbindung und faire Arbeitsbedingungen einsetzt. „Wer diese Ziele über das Vergaberecht durchsetzen will, nimmt jedoch erhebliche Nebenwirkungen in Kauf“, so Günther. Die Rechte der Arbeitnehmer seien in rund einem Dutzend einschlägiger Gesetze umfassend geschützt.

„Der Geist von Gotha – Fantasien für den Frieden“

Die diesjährige „Kultur neu denken“ – eine bundesweit sehr beachtete und erfolgreiche Veranstaltungsreihe der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag mit ihren kulturpolitischen Sprecherinnen MdB Luc Jochimsen und MdL Birgit Klaubert – findet unter dem Titel „Der Geist von Gotha – Fantasien für den Frieden“ am 25. Juni in Gotha auf Schloss Friedenstein in der Schlosskirche eine Fortsetzung.

Nach den Auseinandersetzungen um MACHT, KUNST, FREIHEIT 2006 in Bad Frankenhausen, RELIGION, MACHT, FREIHEIT 2008 in Erfurt und DEMOKRATIE, FREIHEIT, MACHT 2009 in Weimar, geht es 2010 um FRIEDEN, MACHT, FREIHEIT – wieder an einem besonderen, mit dem Thema verbundenen Ort: dem Schloss Friedenstein, das die bewundernswerte Abkehr eines deutschen Fürsten von Krieg und militärischer Macht markiert.

In sechs Podiumsrunden wird zu der Frage „Wie schafft man heute eine friedliche Gesellschaft?“ diskutiert. Dabei sind unter anderem: Rabbiner Walter Homolka, Rektor Abraham Geiger Kolleg; Propst Siegfried Kasparick, Regionalbischof Propstsprenkel Halle-Wittenberg; Aiman Mazyek, Generalsekretär Zentralrat der Muslime in Deutschland; Prof. Norman Paech, Völkerrechtler, Michel Friedman, Anwalt, Moderator; Prof. Heinz Glässgen, bis 2009 Intendant von Radio Bremen; Markus Heinzelmann, Regisseur, Künstlerischer Leiter Theaterhaus Jena; Sewan Latchinian, Intendant Neue Bühne Senftenberg; Hannes Heer, Kurator der ersten Wehrmachtsausstellung; Rüdiger Schmidt-Grépalý, Direktor Kolleg Friedrich Nietzsche Weimar, und die LINKEN-Fraktionsvorsitzenden MdB Gregor Gysi und MdL Bodo Ramelow.

Mehr als 64.000 Diäten-Euro für 1.700 gemeinnützige Projekte Der LINKE Abgeordnetenverein Alternative 54 besteht seit 15 Jahren

Im 15. Jahr seines Bestehens kann der Verein der Landtagsabgeordneten der LINKEN Alternative 54 Erfurt e.V. eine durchweg positive Bilanz ziehen. Er war als Reaktion auf den Artikel 54 der Verfassung des Freistaats Thüringen gegründet worden, wonach die Diäten der Landtagsabgeordneten automatisch angepasst – bisher stets erhöht – werden.

Die Mitglieder der Alternative 54 spenden monatlich aus ihren Diätenerhöhungen. Seit der Vereinsgründung 1995 ist bis zum 30. April dieses Jahres die enorme Summe von exakt

642.675 Euro für insgesamt 1.718 Vorhaben aus diesem Fonds geflossen – entsprechend der Satzung für soziale Projekte,



Kinder- und Jugendarbeit, Unterstützung des Sports und Vorhaben auf dem Gebiet der Kultur.

Die 27 Landtagsabgeordneten der LINKEN – im Foto einige von ihnen bei einer kürzlich stattgefundenen Aktion „THÜRINGEN NAZIFREI“ – setzen sich für eine Diätenregelung ein, die sich an den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Menschen in Thüringen orientiert. Deshalb wurde schon 1995 Klage beim Landesverfassungsgericht eingereicht, die aber nicht erfolgreich war. Die Abgeordneten wollen durch konkretes Handeln einen Beitrag leisten für praktisches Miteinander und tätige Solidarität, auch wenn wegen der Vielzahl der an die Alternative 54 gerichteten Anträge nicht allen Anliegen entsprochen werden kann.

Paradigmenwechsel zu dezentraler Energieerzeugung Schlüssel für Zukunft Anhörung zur Notwendigkeit der 380-kV-Leitung blieb nachvollziehbare Argumente schuldig

Unter großer Beteiligung von Bürgerinitiativen – mehr als 200 vor allem Südthüringer Betroffene waren von ihren Bussen spontan demonstrierend zum Landtagsgebäude gezogen – fand am 18. Mai endlich die lange geforderte Anhörung des Wirtschaftsausschusses im Landtag zur Notwendigkeit der Errichtung einer 380-kV-Starkstromtrasse über den

Thüringer Wald statt. Die Anzuhörenden der Interessengemeinschaft „Achtung Hochspannung“ sprachen vor den Abgeordneten von einem nicht hinnehmbaren Eingriff in die Natur- und Kulturlandschaft. Sie wollen es nicht zulassen, dass der Thüringer Wald „Konzerninteressen geopfert wird“. „Der Gutachter der Bürgerinitiativen, Prof. Lorenz Jarass, hat auf überzeugende Art und Weise die fehlende Notwendigkeit der Monsterleitung sowie die Gefährdung der Klimaschutzziele nachgewiesen, während die Gutachter der Landesregierung nachvollziehbare Argumente schuldig blieben“, so lautete das Fazit der energiepolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Bürgermeisterin von Großbreitenbach, Petra Enders.

Der Schlüssel zur Zukunft sei der komplette Paradigmenwechsel hin zu dezentraler Energieerzeugung und -verteilung auf der Basis regenerativer Energien. „Genau dafür streiten die Bürgerinitiativen“, betonte die Abgeordnete.



Thüringer Bürgerallianz übergab Gesetzentwurf an Fraktionen

Peter Hammen, Vorsitzender der Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben, hatte allen Fraktionen sowie dem Innenminister einen Gesetzentwurf überreicht, in dem aufgezeigt wird, wie die Straßenausbaubeiträge in Thüringen abgeschafft werden könnten.

Seit Jahren engagiert sich der Dachverband der Thüringer Bürgerinitiativen für sozial-



verträgliche Kommunalabgaben. Bei der Übergabe des Materials an den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN betonte Bodo Ramelow, dass der Vorschlag der Bürgerallianz unterstützt werde. Die Fraktion hatte schon mehrfach eigene Gesetzentwürfe in den Landtag eingebracht, mit denen die unendliche Kommunalabgaben-Geschichte in Thüringen beendet werden sollte.

Lindner neuer Präsident des Verfassungsgerichtshofs



Nach ihrer Wahl im Mai-Plenum stellten sich die beiden von der SPD-Fraktion nominierten und vom Thüringer Landtag gewählten Richter für den Thüringer Verfassungsgerichtshof mit SPD-Justizminister Holger Pop-

penhäger (links) und Fraktionsvorsitzendem Uwe Höhn (2. von rechts) der versammelten Presse vor. Joachim Lindner (rechts) und Eckart Peters (2. von links) freuen sich auf ihre neue Aufgabe, die sie neben ihrer regulären Tätigkeit im Thüringer Justizwesen ehrenamtlich ausüben werden. Joachim Lindner, der neue Präsident des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, besitze „allerhöchsten Respekt in der Thüringer Justiz“, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn im Vorfeld der Wahl. Lindner ist Mitglied der SPD und Vizepräsident des Thüringer Oberverwaltungsgerichts.

Kinder brauchen Sicherheit

„Gute Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern zu schaffen, das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die viele Politikbereiche betrifft“, sagte Birgit Pelke, die familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, anlässlich des Kindertags am 1. Juni. „Wir werden deshalb die frühkindliche Bildung zur besten in Deutschland machen und haben mit der Verabschiedung des Kita-Gesetzes den entscheidenden Schritt dafür getan“, sagt die Politikerin. „Es geht aber auch um gute Bildung in den Schulen.“

SPD-Fraktion beantragt aktuelle Stunde zu Opel

Kritik am Agieren des Bundeswirtschaftsministers: An Belegschaft des Autobauers denken

Die offenen Fragen in Sachen Opel und das weitere Vorgehen der Bundesregierung war für die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag Anlass, eine „Aktuelle Stunde“ für die Plenarsitzung Ende Mai zu beantragen. „Es geht darum, die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit den Diskussionen im Bürgerschaftsausschuss von Bund und Ländern zu Opel und natürlich insbesondere die Auswirkungen auf unseren Standort Eisenach zu diskutieren“, sagte Wolfgang Lemb, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im

Thüringer Landtag, im Vorfeld des Plenums. Offensichtlich werde versucht, gezielt Falschinformationen zu streuen, da Opel selbst bis heute keine ablehnenden Hinweise mit Blick auf die beantragten Bürgerschaften erhalten habe. Lemb (siehe Foto) kritisierte in diesem Zusammenhang den wirtschaftspolitischen Sprecher der Thüringer FDP-Fraktion, Thomas L. Kemmerich: „Wer brav die Linie seines Berliner Par-

teifreundes Brüderle nachbetet, vertritt Parteiinteressen, aber keine Landesinteressen - bezogen auf eine schnelle und klare Entscheidung zur Zukunftssicherung des Standortes Eisenach“, so der SPD-Wirtschaftsexperte. Bei der schwierigen Frage eines Arbeitnehmerbeitrages zur Sanierung des Unternehmens bemühten sich alle Beteiligten



derzeit, schnell auf die Zielgerade zu kommen, betonte Lemb. Das dürfe durch mangelnde politische Entscheidungsfreudigkeit seitens des Bundes nicht weiter gefährdet werden. Mit Blick auf Bundeswirtschaftsminister Brüderle mahnte Lemb ein Ende der „Rumeierei“ an: „Es wurde genug geredet, jetzt müssen Taten folgen.“ Die Opel-Belegschaften seien es leid, dass die politische Auseinandersetzung bereits seit Monaten auf deren Rücken ausgetragen werde.

Engagiertes Plädoyer für eine maßvollere Reduzierung

Antrag der Koalitionsfraktionen zur Einspeisevergütung für Solarstrom

Die Landesregierung soll sich auch zukünftig für eine maßvollere Reduzierung der Einspeisevergütung für Solarstrom im Bundesrat einsetzen. Das haben die Landtagsfraktionen der CDU und der SPD in einem gemeinsamen Antrag gefordert, der vom Thüringer Landtag in seiner letzten Sitzung angenommen wurde. Für die energiepolitischen Sprecher der CDU und der SPD, Henry Worm und Frank Weber, ist dies ein entscheidender Beitrag zur Sicherung des Solarstandortes Thüringen. Ein Fünftel des Umsatzes der deutschen Photovoltaik-Branche wird in Thüringen erzielt. Die Koalitionsfraktionen ver-

schließen sich dem Ansinnen, die Einspeisevergütung zu reduzieren, nicht grundsätzlich, sie pochen aber auf verlässliche und berechenbare Rahmenbedingungen für die Branche, die der Freistaat seit Jahren unterstützt und die kräftig expandiert. „Nachdem die Vergütung zu Jahresbeginn bereits einmal um neun Prozent gesenkt worden ist, kann sie jetzt nicht außerplanmäßig noch einmal um 16 Prozent sinken. Das führt lediglich zur Verunsicherung und schwächt die noch

junge, aber zukunftsstrahlende Branche“, sagte Weber. Worm verwies darauf, „dass ein vernünftiger Kompromiss zwischen dem Interesse der Endverbraucher an preiswertem Strom und jenem an einer fest verankerten und wachsenden Solarbranche gefunden werden muss“. Daher sei der gleitende Abbau der Einspeisevergütung richtig, der vereinbarte und wohl begründete Abbaupfad müsse jedoch eingehalten werden.



Kopfpauschale bringt nichts als unnötige Bürokratie

David Eckardt, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, hat die Pläne von FDP-Gesundheitsminister Rösler, eine allgemeine Kopfpauschale von 30 Euro einführen zu wollen, scharf kritisiert. „Hier wird verzweifelt am Gesundheitssystem herumgedoktert. Insbesondere für Geringverdienende werden neue bürokratische Hürden errichtet“, so Eckardt. „Es ist nicht Ziel führend, pauschal Beträge zu erheben, um sie dann - je nach Einkommenshöhe - durch staatliche Zahlungen auszugleichen“, betont Eckardt. „Der konsequente und zukunftsfeste Weg wäre die Einführung der Bürgerversicherung“, bekräftigt der Politiker.

FDP-Fraktion klagt gegen den Freistaat

Verfassungsgerichtshof soll erneut über kommunale Finanzausstattung entscheiden

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag zieht vor den Verfassungsgerichtshof in Weimar. „Die Liberalen werden noch vor der Sommerpause ein Verfahren gegen den Kommunalen Finanzausgleich anstrengen“, kündigte der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth an. „Mit der Klage werden wir die aus unserer Sicht verfassungswidrigen Regelungen überprüfen lassen und so hoffentlich zu einer Klärung der Rechtslage beitragen.“ Der FDP geht es neben der Rechtssicherheit vor allem auch darum, die Haushaltskontrolle des Parlamentes transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten.

Im Kern gehe es dabei um die Frage, in welcher Art und Weise die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel auf die 951 Städte und Gemeinden in Thüringen verteilt werden. Die in derselben Frage erhobene Verfassungsbeschwerde dreier Thüringer Gemeinden wurde mit Urteil vom 18. März dieses Jahres aus formalen Gründen ohne inhaltliche Prüfung zurückgewiesen. Diese inhaltliche Prüfung wird nun im Wege des angestrebten Normenkontrollverfahrens möglich sein. „Mit dem Verfahren verteidigen wir für die Kommunen etwas, was der jetzige Innenminister Professor Peter Huber 2005 noch erstritten hat“, so der Fraktionsvorsitzende. Huber hatte damals erfolgreich für eine angemessene Finanzausstattung der Thüringer Gemeinden gestritten.

Verfahrensbevollmächtigter der FDP-Fraktion wird Professor Dr. Matthias Dombert aus Potsdam sein. Es ist beabsichtigt, die Klage noch vor der Sommerpause des Landtages einzureichen, damit ein Urteil möglichst bald Rechtssicherheit schaffen kann.

Mehr Freiheiten für Flüchtlinge

FDP-Landtagsfraktion setzt sich für eine Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber ein

Auf Antrag der FDP-Landtagsfraktion beschäftigte sich der Thüringer Landtag im letzten Tagesordnungspunkt der Plenarsitzung am 28. Mai mit der Lockerung bzw. Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber. Mit den Stimmen aller Fraktionen wurde der Antrag zur weiteren Beratung in den Innenausschuss überwiesen. Dort will die FDP weiter auf eine zügige Bearbeitung drängen und eine öffentliche Anhörung beantragen, kündigte der parlamentarische Geschäftsführer Dirk Bergner heute in Erfurt an. Bis zum 31. August soll die Landesregierung erklären, wie sie sich eine Lockerung der Residenzpflicht vorstellt. Außerdem soll sich das Land im Bundsrat für eine Abschaffung der



Regelung einsetzen. „Die Residenzpflicht ist eine in Europa einmalige asyl- und aufenthaltsrechtliche Regelung, die

Ausnahmefällen könnten gegen Gebühren Ausnahmeregelungen für „Grenzüberschreitungen gekauft werden.“

Dies sei mit liberalen Vorstellungen von Freiheit und Menschenwürde nicht vereinbar, erklärt Bergner. Die Abschaffung bzw. Lockerung der Residenzpflicht könne zu einer höheren Mobilität führen. Damit könnten vorhandene Integrationsangebote besser wahrgenommen und Arbeitsplatz- und Wohnungsangebote genutzt werden. „Freiheiten zur Integration sind besser als trostlose Massenunterkünfte“, so Bergner. „Der FDP-Antrag ist bewusst breit gefasst. Wir wollen zusammen mit allen Fraktionen im Landtag Lösungen finden, die für Thüringen passen und den Betroffenen helfen“, so Bergner abschließend.

es Asylsuchenden und Geduldeten untersagt, ohne Erlaubnis ihren ‚Heimat‘-Landkreis bzw. das jeweilige Bundesland zu verlassen. Dies schränkt die betroffenen Personen jedoch erheblich in ihrem generellen Recht auf Bewegungsfreiheit ein“, begründet der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion den Vorstoß. Lediglich in

FDP vertieft Kontakte nach Russland

Studentin aus Kaluga hospitiert bei der Liberalen Fraktion im Landtag

Auf Vermittlung der deutsch-russischen Freundschaftsgesellschaft ist seit dem 2. Juni die russische Studentin Inna Kolobayeva bei der FDP-Fraktion des Thüringer Landtages zu Gast.

Sie wird noch bis zum 18. Juni bei den Liberalen hospitiert, um das parlamentarische System und seine Organisation in Thüringen kennenzulernen. Der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth begrüßte sie und den Vorsitzenden der Thüringer Freundschaftsgesellschaft, den Suhler Oberbürgermeister a. D. Dr. Martin Kummer, im Rahmen der Fraktionssitzung. „Wir freuen uns auf die Vertiefung der Kontakte nach Russland und wollen mit der Einladung zum besseren gegenseitigen Verständnis bei-

der Länder beitragen“, betonte Barth. Kummer dankte für die kurzfristige Organisation und das attraktive Programm. Der Freundschaftsgesellschaft gehe

Gedankengut und Wissen über liberale Politik nach Russland transportiert werde.

Inna Kolobayeva studiert an der Akademie für Budget und Finanzen in Kaluga. Passend zu ihrem Studienfach Finanzen und Kredit hörte die 19-jährige Studentin zum Auftakt ihrer Hospitation einen Vortrag von Professor Dr. Helge Peukert von der Universität Erfurt, der in der Fraktionssitzung zum Thema „Finanzmarktreform“ referierte.

Auf dem weiteren Programm standen u.a. Besuche beim Landeskommmando Thüringen der Bundeswehr in Erfurt und in der Gedenkstätte Buchenwald.

Außerdem wird Inna Kolobayeva beim Tag der offenen Tür im Landtag (12. Juni) mitwirken und die letzte Plenarsitzung vor der Sommerpause verfolgen.



Die FDP-Fraktion mit ihrer Hospitantin Inna Kolobayeva (2.v.l.) und dem Vorsitzenden der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft Dr. Martin Kummer (3.v.l.).

es vor allem darum, junge Leute aus Russland zu einem Aufenthalt nach Deutschland zu holen. In Russland gebe es kaum liberale Parteien. Deshalb sei es besonders wichtig, dass liberales

Editorial



Wir tun es.

In der Politik wird viel verlautbart und angekündigt. Oft lassen dann die Resultate auf sich warten. BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN gehen da einen anderen Weg. Wir haben erkannt, dass die Thüringer Regelungen zur Altersversorgung der Minister nicht mehr vertretbar sind: In keinem anderen Bundesland sind die Bezüge so hoch wie hier, nirgendwo sonst beginnen die Mittel so früh zu fließen wie zwischen Altenburg und Eisenach, einzigartig auch die Nichtanrechnungen weiterer Bezüge.

Kaum hatte der grüne Landesverband diese in Zeiten der wachsenden Eigenverantwortung unpassenden Ansprüche kritisiert, sprang das ganze

Land auf diesen Zug auf. Allerdings nur verbal. Als unsere Landtagsfraktion dann ihren Gesetzentwurf vorstellte, war das Erstaunen groß. „Längst in Arbeit“, hieß es. Resultate aber gab es nun von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Umso erfreulicher die offene Debatte im Landtag. Der Handlungsbedarf wurde allgemein betont, in den Ausschüssen soll er konkretisiert werden. Die Regierung hat einen eigenen Vorschlag noch vor der Sommerpause angekündigt. So wie das Grün der Natur das Leben in unserem Freistaat

wieder beflügelt hat, gelang dies der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einmal mehr in der Politik.

Herzlichst Anja Siegesmund,
Fraktionsvorsitzende

Grüne für konkrete Schritte gegen Agrogentechnik

In Thüringen haben CDU und SPD in ihrer Koalitionsvereinbarung das Streben nach einer gentechnikfreien Landwirtschaft verankert. Auf ihren Antrag befasste sich der Landtag nun mit dem Thema „Thüringen: Aktiv gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen“.

Dazu erklärt Dr. Frank Augsten, umweltpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Zwischen der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages und der aktuellen Initiative liegt ein Antrag unserer Fraktion von Januar dieses Jahres mit dem Titel „Thüringens Landwirtschaft muss gentechnikfrei bleiben“, der von den regierungstragenden Parteien abgelehnt und noch nicht ein-

mal in die Ausschüsse verwiesen wurde.“ Nun sprachen sich die Grünen gegen den Antrag von CDU und SPD aus und brachten einen eigenen Alternativantrag ein.

Dazu Augsten: „Das ist keine Retourkutsche, vielmehr wollten wir eine fachlich richtige und konsequente Beschlussvorlage, die auch die vier wichtigsten Forderungen der Verbraucherschutz- und Umweltverbände enthält.“ Dazu gehören unter anderem ein Verbot der Gentech-Kartoffel Amflora und des Gentech-Maises MON810. „Wir werden auf die Umsetzung des Koalitionsvertrages drängen, damit die Wahlfreiheit für KonsumentInnen und LandwirtInnen nicht auf der Strecke bleiben“, schließt Augsten.

380 kV-Leitung - Endlich Ausbaunotwendigkeit klären

Dirk Adams unterstützte am Tag der Anhörung (18. Mai) zur 380 kV-Trasse die zahlreich angereisten Gegnerinnen und Gegner aus Thüringen und Bayern für die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Aber auch ein zwölfstündiger

her eine Diskussion auf Augenhöhe, in der die authentischen Lastflussdaten des Netzbetreibers öffentlich zugänglich gemacht werden. Daneben sollten alle Möglichkeiten der Netzoptimierung und -verstärkung ernsthaft geprüft wer-



Anhörungsmarathon konnte die Frage nach der Notwendigkeit dieser neuen Monstertrasse quer durch den Thüringer Wald nicht klären. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern da-

den. „Denn eine neue Trasse für einen verstärkten innereuropäischen Stromtransport und -handel durch Thüringen widerspricht allen Zielen des Energie-sparens“, stellt Adams fest.

Grüne machen Schulstreit in der Koalition zum Thema im Landtag

Wir brauchen mehr Klarheit, Sachlichkeit und die Einbeziehung aller!

Seit geraumer Zeit schwelen die Differenzen in der Koalition um die künftige Schulpolitik in Thüringen. Auch unsere Aktuelle Stunde im Maiplenum wurde erneut zur Bühne gegensätzlicher Ansichten. Die Gemeinschaftsschule nur als eine Möglichkeit neben dem bisherigen System anzubieten, greift aus Sicht der bündnisgrünen Fraktion zu kurz. „Unser Ziel ist das konsequent umgesetzte längere gemeinsame Lernen bei bestmöglicher

individueller Förderung eines jeden Kindes. Schließlich geht es darum, allen Kindern gleichermaßen Bildungschancen zu eröffnen“, betont Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion. Und da gilt es, auch über den eigenen Teller- rand zu schauen. Wenn die CDU nunmehr bereit ist, die Regelschulen als eine Schule für zu alle zu begreifen, der - so an-



gestrebt - der gymnasiale Abschluss folgt, sollte es auch hier keine Denkverbote geben. Die Landtagsfraktion fordert, diese Schule dann allerdings auch von der ersten Klasse bis zum Ende der Sekundarstufe I zu führen, um die frühzeitige Auslese in Klasse vier endlich zu beenden. Deutlich kritisiert die grüne Fraktion zudem die Art und Weise der Einführung der Gemein-

schaftsschule. „So fehlt noch immer eine Gesetzesgrundlage, es gibt weder Förderrichtlinien, noch klare Aussagen zur Beteiligungsmöglichkeiten von Schulen in freier Trägerschaft. Für uns ist wichtig, dass auch Schulen in freier Trägerschaft von Anfang an mitgedacht und einbezogen werden. Dies scheint beim bisherigen Modell des Ministeriums jedoch ausgeschlossen, was aus unserer Sicht nicht akzeptabel wäre“, schließt Rothe-Beinlich.

Grüne Beteiligung an der Besetzung des Verfassungsgerichtes

Durch ein zwischen allen Fraktionen abgestimmtes Verfahren konnten am 28. Mai auch zwei Richter auf Vorschlag unserer Fraktion in den Thüringer Verfassungsgerichtshof gewählt werden. Mit Elke Heßelmann haben wir eine hervorragende Richterin gewonnen, die sich einen exzellenten Ruf als

Präsidentin des Verwaltungsgerichtes in Weimar erworben hat. Mit 81 Ja-Stimmen hat das Parlament ihr einen ebenso großen Vertrauensvorschuss ausgesprochen wie ihrem von uns vorgeschlagenen Stellvertreter Thomas Schneider, dem Vizepräsident am Landgericht Erfurt. Ihre Wahl in das Thürin-

ger Verfassungsgericht erfüllt uns mit Stolz und zeugt tatsächlich von einer neuen politischen Kultur. Ganz nebenbei verbesserte sie dort auch das bislang etwas unausgewogene Verhältnis von Frauen und Männern. Auf den Verfassungsgerichtshof kommen in der nächsten Zeit abseh-

bar neue Herausforderungen zu, etwa bei der Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichs. Für ihre Bewältigung wünschen wir den gewählten Mitgliedern des künftigen Thüringer Verfassungsgerichtes und dem neuen Präsidenten Herrn Joachim Lindner eine glückliche Hand.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

Der Landesbeauftragte
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Verantwortlich:
Dr. Rainer Kipper

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

pressestelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

10 Jahre Thüringer Bürgerbeauftragtengesetz

Mit Beschluss vom 25.05.2000 verabschiedete der Thüringer Landtag in seiner dritten Wahlperiode das „Thüringer Gesetz über den Bürgerbeauftragten (Thüringer Bürgerbeauftragtengesetz – ThürBÜBG)“. Es trat am Tag nach seiner Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, dem 06.06.2000, in Kraft.

In seiner 33. Sitzung am 15.12.2000 wählte der Thüringer Landtag dann Dr. Karsten Wilsdorf zum ersten Bürgerbeauftragten des Freistaats Thüringen; mit seiner Bestellung und Verpflichtung durch

die damalige Präsidentin des Thüringer Landtags, Christine Lieberknecht, trat der Gewählte am 25.01.2001 sein Amt offiziell an. Die Institution des Bürgerbeauftragten gibt es in Thüringen damit seit nunmehr 10 Jahren, womit sie im Reigen der übrigen Bundesländer Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern die jüngste ihrer Art ist. Der Bürgerbeauftragte versteht sich als Moderator, Dolmetscher und Lotse zwischen Bürger und Staat und hat die gesetzliche Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit der Verwal-

tung zu beraten und zu unterstützen. Dieses Dienstleistungsangebot hat sich auch in Thüringen als Erfolg erwiesen: Seit Bestehen der Institution wurden mit Stichtag 30.04.2010 6.924 Anliegen bearbeitet, 238 auswärtige Sprechtagge abgehalten, 283 Sprechtagge in Erfurt durchgeführt und 318 Ortstermine unternommen.

Aus Anlass des 10-jährigen Jubiläums des Amtsantritts des ersten gewählten Bürgerbeauftragten in Thüringen wird am 25.01.2011 in Erfurt eine Festveranstaltung stattfinden.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Die Situation Verfolgter verbessern

Die Konferenz der Landesbeauftragten hat sich mit Vorschlägen für eine Novellierung an den Deutschen Bundestag gewandt. Die langjährige Erfahrung mit den Wirkungen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze habe gezeigt, dass sie vielfach nicht die tatsächlichen Verfolgungstatbestände in der DDR treffen und die sozialen Ausgleichsleistungen zu häufig den Anspruch verfehlen, den ehemals Verfolgten ein Leben in Ruhe und Würde zu gewährleisten.

Die Gewährung sozialer Ausgleichsleistungen, die sich ja stets auf die aktuelle pekuniäre Lage der Betroffenen beziehen, steht der politischen Absicht der Würdigung von Widerstand und Opposition in der kommu-

nistischen Diktatur grundsätzlich entgegen. Die Landesbeauftragten schlagen vor, alle Antragsfristen im I. und im II. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz zu streichen und die Opferrente unabhängig von Bedürftigkeit zu gewähren.

Für Menschen, die nicht durch Haft, sondern im Beruf, im öffentlichen oder privaten Leben verfolgt wurden, sollen die Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz verbessert werden. Vorgeschlagen wird eine Anhebung auf monatlich 200 Euro. Auch sollten nach Auffassung der Landesbeauftragten weitere Opfergruppen zu diesen Leistungen Zugang erhalten, so z.B. verfolgte Schüler und Opfer von Zersetzungsmaßnahmen

des MfS und Zwangsausgesiedelte. Um die Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden politischer Haft zu verbessern, fordern die Landesbeauftragten die Einführung der gesetzlichen Vermutung, dass wesentliche gesundheitliche Beeinträchtigungen ehemaliger politischer Häftlinge in der Haft ihre Ursache haben. Dieser so genannte Bautzen-Beweis wurde von den Wissenschaftlern, die das Gutachten über die Situation politisch Verfolgter in Thüringen untersucht haben, gefordert. Durch diese Verbesserungen könnte sich die Bundesrepublik dem Anspruch des Einigungsvertrages annähern, politisch Verfolgte angemessen zu entschädigen.

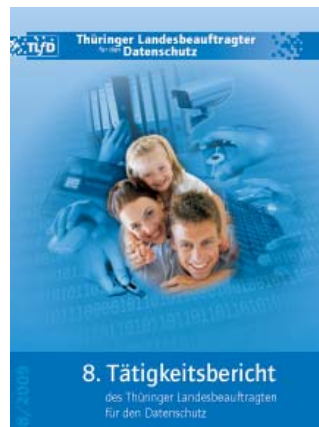
Der Datenschutzbeauftragte

8. Tätigkeitsbericht vorgestellt

In einer Pressekonferenz hat der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz, Harald Stauch, am 20. Mai 2010 den 8. Tätigkeitsbericht vorgestellt.

Er enthält auf 207 Seiten einen Überblick über die Kontroll- und Beratungstätigkeit in den Jahren 2008/2009 und ist auch in elektronischer Form unter www.thueringen.de/datenschutz abrufbar.

Die Kontrolle der Einhaltung grundlegender Datenschutzvorschriften in 40 Kommunen unterschiedlicher Größe stellte einen besonderen Schwerpunkt dar.



Vor allem kleinen Kommunen mussten im Ergebnis erhebliche Mängel attestiert wer-

den, 16 (= 40 %) wurden formell beanstandet. So fehlten häufig die gesetzlich vorgeschriebenen behördeninternen Datenschutzbeauftragten oder Sicherheitskonzepte. Insgesamt mussten 29 Beanstandungen ausgesprochen werden. Aufgezeigt wird auch ein u. a. durch technische Entwicklungen bedingter beträchtlicher Novellierungs- und Modernisierungsbedarf des Landesdatenschutzgesetzes.

Die Landesregierung hat nun innerhalb von drei Monaten dem Landtag eine Stellungnahme zu dem Bericht vorzulegen.